

WIE'S DIE ANDEREN MACHEN

Planung und Vollbeschäftigung in Norwegen

Wenn Norwegen auch heute auf Grund seiner Abhängigkeit von anderen Ländern mit erheblichen Wirtschaftsschwierigkeiten zu kämpfen hat, so herrscht doch in Norwegen nach wie vor Vollbeschäftigung. Nach wie vor steigt die Arbeitsproduktivität. Nach wie vor stehen die breiten Schichten der Bevölkerung hinter der Arbeiterpartei und ihrer auf die Sicherung der Vollbeschäftigung zielenden Planpolitik. Norwegen hat auf jeden Fall seit 1945 praktisch bewiesen, daß Planwirtschaft, verbunden mit einer entsprechenden Sozialpolitik, größeren sozialen Ausgleich schafft und die riesigen Fehlausgaben in Form von Arbeitslosigkeit vermeidet.

Vom Jahre 1945 an wurde die staatliche Planung und Regulierung durchgeführt. 1947 konnte man die gesamte Planung in Form eines „Nationalbudgets“ rechnerisch darlegen. Das Nationalbudget ist etwas Neues und nicht zu verwechseln mit den staatlichen Haushaltsaufstellungen, wie man sie längst kannte und wie sie auch bei uns alljährlich dem Parlament vorgelegt werden. Es ist keine Aufstellung der Jahreseinnahmen und -ausgaben des Staates, sondern es umfaßt die gesamte Produktion des Landes einschließlich ihrer Wechselbeziehungen mit anderen Ländern. Es umfaßt staatliche wie kommunale und private Unternehmungen und zugleich den gesamten Arbeitsmarkt. Es koordiniert die Einzelpläne über Neuinvestitionen; es ist die Planlegung für das ganze Land, die nach erfolgter Koordination in einem hierfür bestimmten Gremium dem Parlament zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Auch das „Nationalbudget“, das wir vielleicht besser „Volkshaushalt (im Gegensatz zum Staatshaushalt)“ nennen könnten, wird in Geldform ausgedrückt. Aber nicht die Geldverhältnisse zu ermitteln ist hier die eigentliche Aufgabe. Das Geld bildet nur den Maßstab zur Darlegung der realökonomischen Verhältnisse. Die Finanzierung und Geldzirkulation ist deshalb gewiß nicht unwichtig geworden und muß ebenfalls genauestens untersucht und kontrolliert werden. Aber sie wird dem Produktionsplan, dem Nationalbudget, untergeordnet.

Die Plan-Aufstellung ist nur ein Teil der eigentlichen Aufgabe. Es kommt vor allen Dingen auch darauf an, ihn durchzuführen. Daher bedingt die Planung (unter dem Gesichtspunkt der Vollbeschäftigung und des Wohles jedes Staatsbürgers) eine Lenkung und Kontrolle auf allen wesentlichen Gebieten der Wirtschaft: der Preise, der Löhne, des Arbeitsmarktes, des Außenhandels und ganz besonders der Produktion selbst, der Investitionen. Der Staat bzw. die vor ihm mit der Aufgabe betrauten Organe kennen infolge dieser Lenkung und Kontrolle die Einzelheiten viel genauer, als wenn man die Wirtschaftslage nur an ihren Symptomen, den Preisen, Börsenkurven usw. ablesen und bei steigender Arbeitslosigkeit zu spät erkennen kann. Der Staat sowie auch die Gemeinden und Gemeindeverbände können sich je nach Bedarf selbst rechtzeitig konjunkturregulierend einschalten, und auch das Parlament kann durch rechtzeitige Beschlüsse Krisensymptome beseitigen helfen. Minister Brofors erblickt in dem Nationalbudget „ein wirkungsvolles Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik bei allen Konjunkturfragen.“

Die staatliche Regulierung

Für die Regulierung der Preise, der Investitionen (vor allem durch Zuteilung von Valuta und Baumaterial, aber auch auf direktere Weise), für die Regulierung des Außenhandels usw. sind innerhalb der zuständigen Ministerien „Direktorate“ errichtet worden. Wie weit ihre Befugnisse gehen, entscheidet das Parlament. In einzelnen Fällen hat dieses den Verwaltungen bestimmte Vollmachten überlassen. Z. B. hat das Preisdirektorat Eingriffsrechte, um eine rationellere Produktionsweise und Verteilung durchzusetzen. Es kann Kalkulationsvorschriften erlassen, es kann die Herstellung bestimmter Waren verbieten u. a. m.

Auch die Finanzpolitik ist ein wichtiges Mittel der staatlichen Regulierung, öffentliche Arbeiten zur Belebung der Gesamtwirtschaft dürfen mit staatlichen Mitteln betrieben werden, auch wenn sich dadurch ein Defizit im Staatshaushalt ergibt. Man rechnet nicht nur auf ein Jahr, sondern mit mehreren Jahren und muß natürlich darlegen können, in welcher Weise dieses Defizit wieder behoben werden soll. Der Staat kontrolliert und lenkt die Geldverhältnisse nicht nur über die norwegische Staatsbank, sondern auch über die „Industriebank“, „Fischereibank“, über Kommunal-, Hypothekenbanken u. a. Steuerstaffelung, Vorzugsbehandlung von Kinderreichen, sozialpolitische Maßnahmen sorgen zugleich für sozialen Ausgleich.

Solange die Preise stabil gehalten werden konnten, gab es auch eine entsprechende Lohnregulierung. Entscheidung von strittigen Fällen wurden Schlichtungsstellen eingeführt. Außerdem wurde ein Indexlohn (der sich nach den Preisen richtete) eingeführt. Dieses System ist jetzt im Umbau begriffen.

Die Regulierung des Arbeitsmarktes macht dort halt, wo die persönliche Freiheit des Arbeitnehmers angetastet würde. Niemand wird zur Annahme einer ihm nicht genehmen Arbeit gezwungen. Wenn, wie es z. B. heute der Fall ist, nicht genügend Bau-Facharbeiter vorhanden sind, muß das Bauprogramm etwas weniger umfassend gestaltet werden. Der Satz, daß der Mensch im Mittelpunkt aller Regulierungen steht, d. h. daß es um sein Wohl und seine Freiheit geht, wird auch von dieser Seite her in der Praxis als Richtschnur eingehalten. Wohl aber wird eine große Werbungs- und Aufklärungsarbeit geleistet, um die Menschen für die Tätigkeiten zu interessieren, für die vor allem Kräfte gebraucht werden.

Die gesamte Planung, Regulierung und Kontrolle geschieht keineswegs nur durch einen Behördenapparat. Auf die Initiativa von unten, d. h. von den unteren Einheiten

der Wirtschaft und von Gemeinden, wird größtes Gewicht gelegt.

Selbst wenn den unteren Einheiten und Organisationen eine größtmögliche Mitbestimmung und Selbstverwaltung eingeräumt wird, bleibt jedoch eine gewaltige und verantwortungsvolle Tätigkeit für den zentralen Verwaltungsapparat übrig. Auch in Norwegen gibt es noch Vertreter privatkapitalistischer Interessen, die jede Schwäche in diesem Apparat zu öffentlichen Angriffen ausnutzen. Aber auch aus Kreisen der Arbeiterpartei werden solche Schwächen lebhaft kritisiert, damit sie beseitigt werden und das neue System immer besser und vorbildlicher wirksam werden kann. *)

Irmgard Enderle

*) Dieser Bericht stützt sich u.a. auf die Broschüre von Berthold Hasvold „Einführung in das Nationalbudget“ und auf das Buch des Dozenten an der Universität Oslo, Johann Vogt, „Var økonomisk stilling“ („Unsere ökonomische Lage“).

Durchgehende Wochenbezahlung in Chile

Das Jahr 1949 war das erste Jahr, in dem ein Gesetz zur Bezahlung des Sonntags an die Industriearbeiter in Chile allgemein durchgeführt wurde. Das Gesetz bestimmt, daß jedem Arbeiter, der 48 Stunden in der Woche arbeitet, also sechs Arbeitstage voll beschäftigt wird, auch der siebente Wochentag, der Sonntag, zu bezahlen ist. Der Arbeiter bekommt für den Sonntag den gewöhnlichen Tageslohn. Hat er die Woche im Akkord gearbeitet, so erhält er einen durchschnittlichen Tagesverdienst auf die sechs Tage aufgeschlagen. Das Gesetz sollte nicht nur dem Arbeiter eine Lohnerhöhung bringen und den sozialen Gedanken betonen, daß der Mensch, der an sieben Tagen essen müsse, auch für sieben Tage Einkommen beziehen müsse, wie in seiner Begründung im Parlament gesagt wurde, sondern es sollte auch vor allem erzieherisch wirken und zur Stärkung der Arbeitsdisziplin beitragen.

In Chile war nicht nur der „blaue Montag“ sehr verbreitet, sondern darüber hinaus waren große Teile der Arbeiterschaft, die vorwiegend in der ersten Generation in der Industrie arbeiten, bisher schwer an geregelte Arbeit zu gewöhnen. Wegbleiben von der Arbeitsstelle einen ganzen oder halben Tag (oft verbunden mit „Gelegenheitsarbeit“ anderswo) war recht häufig. Aus diesem Grunde wird die durchgehende Woche nur bezahlt, wenn der Arbeiter mindestens 44 Stunden in der Woche gearbeitet hat, das Fehlen während der restlichen Stunden begründen kann und er nicht in zwei aufeinanderfolgenden Wochen weniger als 48 und 44 oder 92 Stunden arbeitet. Arbeitet er weniger als 44 Stunden in einer Woche, so verliert er nicht nur die Stunden, die er gefehlt hat, sondern außerdem den ganzen Sonntag. Unberücksichtigt bleibt von der Betriebsleitung gewährter Urlaub „aus zwingenden Gründen“, wie Vorladung vor Gericht, Nachkommen eines militärischen Gestellungsbefehls usw. In solchen Fällen bekommt der Arbeiter den siebenten Tag ausgezahlt, und es werden ihm nur die Stunden abgezogen, für die er Urlaub bekommen hat oder die er in den sechs Arbeitstagen effektiv gefehlt hat - solange er mindestens 40 Stunden oder fünf Tage gearbeitet hat. Hat er nicht fünf Tage gearbeitet, so fällt die Sonntagsbezahlung auf jeden Fall weg.

Das Gesetz ist ein voller Erfolg geworden. Die Regierung ist mit ihm zufrieden, weil es ihr umfangreiche und schwierige Lohnverhandlungen erspart hat. Die Arbeitergewerkschaften hatten ein lange umkämpftes Ziel erreicht, und die Unternehmer geben zu, daß die Produktivität und die Arbeitsdisziplin sich so gehoben haben, daß die Erhöhung des Lohnkontos damit ausgeglichen sei. Einige Firmen behaupten, daß diese Erhöhung der Produktion und Hebung der Arbeitsdisziplin auch dadurch bewirkt wurde, daß sie gleichzeitig das „englische Wochenende“ einführten. Sie arbeiten vom Montag bis Freitag 8½ Stunden je Tag und am Sonnabend nur 5½ Stunden. Es ist beobachtet worden, daß dann der Arbeiter am Sonnabend „ausgeht“, dagegen am Sonntag „schläft“, in der Regel nur zu Sportveranstaltungen geht oder in der Familie bleibt.

Eine genaue Statistik liegt nicht vor, aber z. B. aus der Textilindustrie wird gemeldet, daß die Zahl der Arbeiter, die sich den „blauen Montag“ leisteten, von 60 v. H. auf 5 bis 8 v. H. zurückging. Die Salpeterminen im Norden geben zu, daß die Unsitte des Fehlens an einem Arbeitstage fast völlig aufgehört habe. Wenn die industrielle Lohnsumme von 1943 zu 1949, wie die amtliche Statistik feststellt, um 20% gestiegen ist, so entfallen davon nach Schätzung des Statistischen Amtes 12% auf die Bezahlung der durchgehenden Woche und die regelmäßige Erfüllung der 48-Stundenwoche.

Paul Haupt